

Unterredung mit dem Reichskanzler

Das Verhältnis Deutschlands zu Amerika.

Berlin, 11. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Totalanzeiger“ bringt ein zur Veröffentlichung zugelassenes Interview des Vertreters des „New-York World“ Karl v. Wiegand mit dem Reichskanzler, der folgendes sagte:

„Was Ihre Regierung verlangt, ist eine unmögliche Demütigung. Ich bin weitgegangen, um die herzlich-freundlichen Beziehungen, die zwischen Ihrem Lande und Deutschland bestehen, seit vor 125 Jahren Preußen die erste Nation war, welche Amerikas Unabhängigkeit im Kriege mit England anerkannte, aufrechtzuerhalten. Sie wissen, daß ich in dieser Frage eine entgegenkommende versöhnliche Gesinnung Ihrem Lande, Ihrem Volke gegenüber gezeigt habe. Ich war und bin willens, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland innerhalb der Grenzen der Vernunft und der Gerechtigkeit, des Rechtes und der Ehre gewähren kann. Aber ich kann eine Erniedrigung Deutschlands und des deutschen Volkes nicht zugestehen, selbst um den Preis, Amerika zu befähigen und die Fortdauer dieser herzlich Beziehungen mit Ihrem Lande zu sichern, welcher jeder wahre Deutsche wertschätzt und aufrichtig wünscht, ausgenommen um den Preis einer nationalen Demütigung. Ich sage Ihnen dieses nicht leichten Herzens, aber indem ich es Ihnen sage, bin ich mir der Tatsache bewußt, daß ich das Empfinden des vereinigten deutschen Volkes zum Ausdruck bringe.“

So sprach der Kanzler Bethmann Hollweg zu mir nach meiner Rückkehr von Amerika. Der Kanzler, von Natur tiefenst, zu dessen bewunderungswerten Charakterzügen seine bemerkenswerte Offenheit und seine Abgeneigtheit, diplomatische Ausflüchte zu machen, gehört, erschien noch gedankenvoller als an dem Tage, an dem er mir vor zehn Wochen sagte: „Es ist nichts daran diesem Friedensgerede in der ausländischen Presse. Ich kann den Frieden noch nicht sehen.“

Wiegand stellt fest, daß seit seiner Rückkehr von Amerika in Deutschland eine viel entschiedeneren Stimmung bei Beurteilung der deutsch-amerikanischen Lage herrschte. Auch der Kanzler machte keinen Versuch, den Ernst des Augenblickes zu verschleiern, er gab offen zu, daß

zwar weder Regierung noch Volk leichtfertig oder gleichgültig über einen Bruch mit Amerika dächten, daß aber die Note Lansing's so abgefaßt sei, daß kein anderer Ausweg bleibe, als sie zu verwerfen. Er habe aber das Vertrauen auf den gesunden Menschenverstand des amerikanischen Volkes nicht aufgegeben, das erkennen werde, daß Deutschland alles Mögliche in Erfüllung amerikanischer Wünsche getan, und er sagte wörtlich:

„Wir kämpfen tatsächlich für unsere Existenz. Das deutsche Volk gibt in wunderbarer Geschlossenheit, Einigkeit und Heldenhaftigkeit, in Opfern ohnegleichen sein Blut und Geld und Vermögen für sein Land. Wir befinden uns nicht im Kriege mit Amerika und wollen dies auch nicht. Es kann uns doch sicherlich kein Mensch solchen Wahnsinn zutrauen. Ich habe alles getan und fahre fort, alles zu tun, was in meiner Macht steht, um Krieg zu vermeiden, aber es gibt Dinge, die ich nicht zu tun vermag. Wenn derselbe Geist größter Aufrichtigkeit und des Strebens nach einem für beide Nationen ehrenhaften Uebereinkommen in Amerika ebenso vorwiegt wie bei der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, dann wird kein Bruch in den 125 Jahr alten freundschaftlichen Beziehungen beider Länder eintreten.“

In ähnlichem Sinne sind die Antworten, die Wiegand in seinem Gespräch mit anderen hohen Beamten und Finanzleuten erhielt. In letzteren Kreisen sprach man allerdings den Verdacht aus, daß die New-Yorker Finanzwelt einen Bruch mit Deutschland begünstige, weil sie die Niederlage der Alliierten fürchte und damit die Möglichkeit das Geld zu verlieren, welches Amerika den Alliierten vorgestreckt hat.

Die „Bölnische Zeitung“ schreibt hierzu: Die obigen Nachrichten werden vom deutschen Volke mit dem Gefühl der Erleichterung aufgenommen werden. Sie zerstreuen alle Besorgnisse, als würden die deutsche Regierung oder unsere Verbündeten sich die scharfe Waffe des Tauchbootkrieges aus den Händen winden lassen, die unseren Feinden schon einen so großen Schaden zugefügt hat und von der wir noch viel in der Zukunft erwarten. Der Reichskanzler hat mit Ernst und Entschiedenheit, wofür ihm das deutsche Volk dankbar ist, der amerikanischen Öffentlichkeit mitgeteilt, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania“ nicht als gesetzwidrig bezeichnen und damit seinem ganzen Tauchbootkrieg das Todesurteil sprechen kann und daß es selbst auf die Gefahr eines Bruches mit den Vereinigten Staaten hin nicht die Taten verleugnen will, die unsere Helden in den kleinen Tauchbooten mit höchster Lebensgefahr und mit beispiellosem Mute verrichtet haben.